

**Zeitschrift:** Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot  
**Band:** 275 (2002)  
**Rubrik:** Weltchronik

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 23.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Weltchronik

(vom 25. Mai 2000 bis 15. Mai 2001)

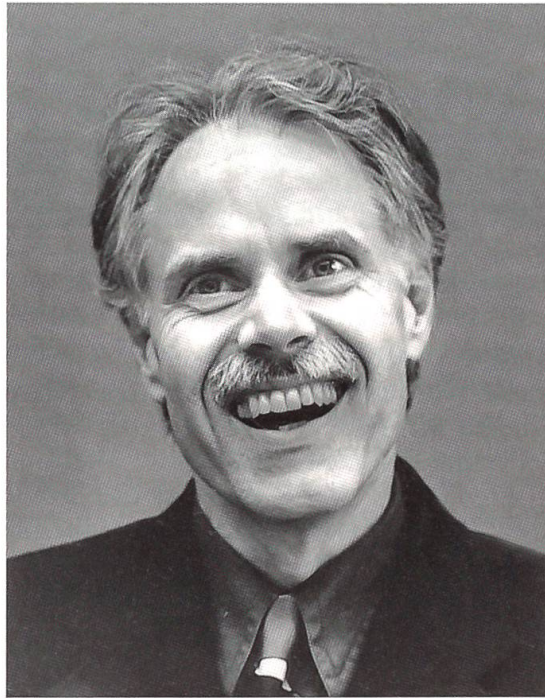
Als ein Hauptzug der politischen Geschichte lässt sich in den letzten Jahrzehnten zweifellos ein charakteristisches Phänomen erkennen. Es besteht einerseits in der *Tendenz zur fortschreitenden wirtschaftlichen und politischen Integration von souveränen Staaten in grössere Zusammenschlüsse* und andererseits in einer gegenläufigen Erscheinung, nämlich der *Aufsplitterung vorhandener Staatengebilde in Form von Abtrennung und Verselbstständigung einzelner Gebietsteile*. Der Vorgang der «Globalisierung», der sich in der Verwischung bisheriger Landesgrenzen und der Abschaffung von Zollgrenzen manifestiert und zur Bildung von ganz heterogenen Blöcken mit einheitlichen und zentralisierten Organisationsstrukturen führt, ist das eine. Bemerkenswerterweise geht diese Entwicklung ohne von aussen auferlegten Zwang vonstatten. Die andere, sich gleichzeitig abzeichnende Tendenz ist dem Prozess von Zusammenschlüssen just entgegengesetzt; in vielen bestehenden Staatengebilden häufen sich militante Autonomieforderungen und Sezessionsabsichten.

Es regen sich vor allem ethnische Minderheiten, die sich gegen die zentralistische Vorherrschaft einer staatstragenden Mehrheit auf-

lehnen. Interessant ist, dass die ethnischen Konflikte in der Gegenwart nicht mehr im zwischenstaatlichen Bereich, d.h. zwischen traditionellen, ethnozentrischen Dynastien und Nationalstaaten, ausgefochten werden, sondern jetzt fast ausschliesslich im innerstaatlichen Bereich ablaufen. Dadurch entsteht gewissermassen ein Notstand des Völkerrechts, weil dessen konventionelle Regeln auf Beziehungen und Konflikte im zwischenstaatlichen Bereich ausgerichtet sind und die internationale Rechtsentwicklung das Souveränitätsprinzip für anerkannte, etablierte Staaten seit dem 17. Jh. als sakrosankt betrachtet hat. Für die internen Beziehungen und staatsrechtlichen Verhältnisse, namentlich die Beziehungen zwischen Minderheiten und Mehrheiten, ist nur ausnahmsweise eine international verbindliche Ordnung entstanden.

## Globalisierung

Wir sind heute Zeugen von völkerrechtlich problemlosen vertraglichen Zusammenschlüssen – so etwa die Europäische Union, die NAFTA (USA, Kanada und Mexiko) in Nordamerika, die Freihandelszone Mercosur in Südamerika. Im April 2001 ist an einer Gipfelkonferenz aller Staatspräsidenten des amerika-



Moritz Leuenberger  
Bundespräsident für das Jahr 2001  
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)





Totale Verwüstung nach einem schweren Erdbeben in Indien  
(Foto: Keystone, Zürich)

nischen Kontinents (mit Ausnahme von Kuba) in Quebec der Beschluss gefasst worden, bis in einigen Jahren eine von Alaska bis Feuerland reichende kontinentale Freihandelszone (FTAA) zu schaffen!

Allerdings werden durch die Perspektiven dieses Globalisierungsvorgangs diffuse Ängste ausgelöst, und es regt sich Widerstand, weil befürchtet wird, dass die ungehinderte Güterverteilung und der erhoffte grössere Wohlstand nicht allen Regionen in gleichem Masse zukomme. Die gewalttätigen Krawalle, die im Berichtsjahr in Seattle, in Quebec und anderswo gegen diese und andere Schritte der Globalisierung stattgefunden haben, sind so als Zeichen der Verunsicherung hinsichtlich der möglichen Auswirkungen von abgekarteten Zusammenschlüssen zu betrachten. Die demonstrative Opposition beeinträchtigt zwar die positive offizielle Zielsetzung nicht, dürfte aber der Berücksichtigung eines besseren Ausgleichs zwischen der Kluft von Armut und Reichtum dienen. Bereits zeichnet sich eine gewisse Ernüchterung in der anfänglichen Euphorie über die Globalisierung der politischen Strukturen im Zeichen einer fort-

schreitenden Liberalisierung der Wirtschaftsordnung und internationalen Handelsbeziehungen ab.

Was das Szenarium der sich sichtbar verstärkenden

#### *Autonomie- und Sezessionsbestrebungen*

anbelangt, so ist diese Tendenz ungleich dramatischer und mindestens ebenso spektakulär. Nur in wenigen Fällen hat die nahe Vergangenheit in dieser Beziehung Konfliktlösungen ohne Inanspruchnahme von system-

matischer Gewaltanwendung gezeitigt. Ein leuchtendes Beispiel war ohne Zweifel die Zweiteilung der Tschechoslowakei in zwei getrennte Nationalstaaten. Viel erstaunlicher ist, dass die Sowjetunion — wenn man einmal von Tschetschenien absieht — ohne Terrorakte und kriegerische Verwicklungen in Bruchstücke zerfallen ist. Aber an vielen Stellen der Welt liegt Sprengstoff im Verhältnis zwischen einer staatlichen Zentralgewalt und Minderheiten, die sich ihrer besonderen völkischen Identität bewusst sind.

Im Vordergrund stehen die brutalen «Säuberungen» in

#### *Jugoslawien.*

Die diplomatischen und militärischen Interventionen der USA, der EU und der NATO und auch die Errichtung eines Protektorats in Kosovo haben noch keineswegs zu politischer Stabilität geführt. In Bosnien-Herzegowina rumort der ethnische Krieg unter der Oberfläche der von einer internationalen UNO-Streitmacht (SFOR) erzwungenen «Befriedung»



sowohl in der serbischen Teilrepublik wie auch in der von Kroaten und Muslimen unnatürlich gezimmerten «Föderation» weiter. Die multiethnische Konzeption eines gemeinsamen Staates für alle drei hier von Alters her ansässigen Völkerschaften ist und bleibt problematisch.

In Kosovo hat der «Bombenkrieg der NATO» das deklarierte Ziel einer allseitigen Respektierung der Menschenrechte auch nicht erreicht; vielmehr drangsaliert jetzt die albanisch-stämmige Bevölkerung die dort zurückgebliebene Minderheit von Serben und versucht diese ihrerseits zu vertreiben. Eine Folge der Intervention der NATO gegen Serbien ist ironischerweise, dass die Guerrilla der Albaner (UCK) von ihrer Basis in Kosovo aus in Mazedonien eindringen, um dort die slawische Mehrheit mit Terror zu erpressen. Dadurch soll das vormals leidlich gute Zusammenleben der slawischen Mehrheit mit der etwa einen Drittel der Bevölkerung umfassenden albanischen Minderheit zerstört werden. Die Gefahr besteht, dass ein durch diesen ethnischen Konflikt herbeigeführter Untergang des jugoslawischen Nachfolgestaats Mazedonien die nationalen Begehrlichkeiten der Nachbarländer aufstachelt und um das Erbe des Osmanischen Reichs verspätet noch ein dritter Balkankrieg entfesselt wird. Wie NATO, UNO, die EU und allenfalls der «Weltpolizist USA» dieser wahrhaftigen Büchse der Pandora auf dem Balkan mit ihrer (nota bene ausserordentlich kostspieligen) militärischen und administrativen «Friedensoperation» wirkungsvoll und dauerhaft begegnen wollen, ist nicht leicht vorstellbar!

### *Naher Osten*

Eine nicht minder vertrackte und gefährliche Situation ergibt sich aus dem im Berichtsjahr wieder offen ausgebrochenen Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Die in Palästina beheimateten Araber sahen sich im 20. Jh. durch die organisierte Einwanderung einer grossen Zahl von Juden aus der Diaspora und die völkerrechtlich anerkannte Etablie-

rung des Staates Israel plötzlich einer fremden Landnahme gegenüber gestellt, der sie sich nicht zu erwehren vermochten. Im Konflikt mit den ansässigen Arabern war der neue jüdische Staat in Palästina militärisch, politisch und zivilisatorisch so überlegen und erfolgreich, dass er, auf der biblischen Sentenz von dem den Juden von Gott versprochenen «gelobten Land» fussend, immerzu grössere Siedlungsgebiete und alle Staatsmacht in Palästina beanspruchte. Obwohl es so geschienen hatte, dass dank der Anerkennung der Existenz Israels durch die arabischen Nachbarstaaten ein Modus vivendi gefunden werden könne und mit der Gewährung eines palästinensischen Autonomiestatuts der ethnische Konflikt entschärft werde, kam es immer wieder zu einem Aufflammen der Feindschaft mit Zwischenfällen und Gewaltakten beiderseits. Von den Amerikanern mühsam gesponserte Vereinbarungen sollten einen Ausgleich bringen und den prekären Frieden sichern. Aber diese Absicht erwies sich nun im vergangenen Jahr trotz intensivsten Vermittlungs-bemühungen von Präsident Clinton als illusorisch. Wer an diesen deprimierenden Fehlschlägen die Schuld trägt, ist diskutabel; Tatsache ist, dass, nachdem Israel im vergangenen Jahr die militärische Besetzung des südlichen Libanons aufgegeben hat, diese Geste von den Palästinensern als ein Zeichen der Schwäche betrachtet worden ist. Das animierte Provokationen, die wiederum zu harten israelischen Sanktionen führten. Der Symbolgehalt eines an sich harmlosen Spaziergangs von Ariel

### WETTBEWERB

#### Volksbräuche

##### Gans-Abhauet

Am Martinstag (11. November) versuchen junge, mit einer Sonnenmaske und rotem Mantel bekleidete Leute in einer Innerschweizer Kleinstadt, mit verbundenen Augen eine vor dem Rathaus aufgehängte tote Gans mit einem einzigen Säbelhieb herunterzuhauen.

Siehe Wettbewerbsfragen auf Seite 122.



Sharon im September auf dem von den Palästinensern als heilige Stätte des Islam betrachteten Tempelberg in Jerusalem löste zum zweiten Mal eine explosionsartige palästinensische Jugendrevolte gegen die Herrschaft Israels aus. Anfängliche Steinwürfe eskalieren zu Schiessereien und Attentaten; die Spirale der Gewalt nahm ihren verhängnisvollen Verlauf. Der Scharfmacher und ehemalige General Sharon, mittlerweile zum Nachfolger des glücklosen Ministerpräsidenten Ehud Barak an die Regierungsmacht gelangt, lehnte kategorisch alle Verhandlungen mit dem palästinensischen Führer Arafat ab, solange die Gewalthandlungen der «Intifada-Rebellion» nicht eingestellt würden. Andererseits fordert Arafat als Vorleistung die unverzügliche Einstellung der israelischen Siedlungsbauten im palästinensischen Autonomiegebiet. Die arabischen Nachbarstaaten haben sich bis jetzt – offensichtlich unter internationalem und insbesondere amerikanischem Druck – nicht direkt in den Konflikt hineinziehen lassen; aber auch hier ist nicht auszuschliessen, dass der «ethnische Bürgerkrieg» unabsehbare Weiterungen im Nahen und Mittleren Osten zur Folge haben könnte.

### *Baskenland – Nordirland*

In Europa sind zwei weit in die Geschichte zurückreichende ethnische Konflikte erwähnenswert, welche von mörderischen Terroranschlägen begleitet sind. Im einen Fall handelt es sich um den Kampf der Basken um Unabhängigkeit von Spanien (und Frankreich), die

ihnen während Jahrhunderten von mächtigen Nationalstaaten vorenthalten worden ist. Im anderen Fall um Nordirland, das nach dem Ersten Weltkrieg nicht wie der südliche Teil der Grünen Insel den Status eines Freistaats zugestanden erhalten hat und eine Provinz des Vereinigten Königreichs geblieben ist. Im Unterschied zur Sezessionsbewegung der baskischen Nationalisten wird in Nordirland der den Feindseligkeiten zugrunde liegende ethnische Konflikt sichtbar überlagert von der unterschiedlichen konfessionellen Zugehörigkeit der Antagonisten. Aber in Wirklichkeit ist die Unverträglichkeit von Protestanten und Katholiken in Nordirland eine Folge der frühen Kolonisierung durch die englische Krone, die sich nach den Stuart-Königen von der römischen Kurie abgewandt hat.

Die vorwiegend keltische Bevölkerung von Irland ist von den Engländern unterworfen worden. Unter anderem aus Protest gegen eine mit der neuen Herrschaft verbundene, auch wirtschaftliche Benachteiligung ist sie streng katholisch geblieben. In Nordirland hatten die Engländer, um sich einen eigenen Stützpunkt zu sichern, eine grosse Zahl von schottischen Protestanten angesiedelt (sog. Ulster Plantation) und sie mit enormen Privilegien ausgestattet. Umgekehrt wurden die ortsansässigen keltischen Katholiken von ihren ertragreichen Gütern vertrieben oder in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit und gesellschaftlichen Stellung behindert. Man muss wissen, dass die schreckliche Hungersnot, von welcher Irland Mitte des 19. Jh. heimgesucht worden ist (und die Hunderttausende zur Auswanderung nach Amerika zwang), hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, dass London ein Getreidemonopol für sich beanspruchte und den Bauern in Irland den Anbau von Getreide untersagte. Diese mussten deshalb auf die Produktion von Kartoffeln ausweichen; der Ausbruch einer Kartoffelkrankheit zerrüttete in kürzester Zeit die einseitige Ernährungsbasis und führte zu einer existenziellen Katastrophe, die in der Folge den offenen Aufstand gegen die britische Herrschaft verursachte und letzten Endes zum Ausscheiden des Irischen Freistaats aus

#### WETTBEWERB

#### Volksbräuche

##### Les Pleureuses

Durch ein Westschweizer Städtchen ziehen alljährlich am Karfreitag die «Pleureuses», schwarz verhüllte Frauengestalten, die die Zeichen dieses Tages mit sich führen: Nägel, Lanzen, Geisseln, Dornenkrone usw.

Siehe Wettbewerbsfragen auf Seite 122.



dem Vereinigten Königreich führte. Ob schon Nordirland britisch blieb (und sogar einen Autonomiestatus mit eigenem Parlament und eigener Provinzregierung zugestanden erhielt), handelt es sich bei dem gnadenlosen Terror der IRA gegen die protestantische Mehrheit und deren loyales Verhalten gegenüber London um das letzte Kapitel eines ethnischen Konflikts in der frühen britischen Kolonialgeschichte!

Zahllose ethnische Konflikte zeichnen sich in anderen Kontinenten ab, wo der praktisch zu Ende gegangene Prozess der Dekolonisierung noch keineswegs die Herrschafts- und Minderheitenfragen für alle betroffenen Völkerschaften in befriedigender Weise einer Lösung zugeführt hat. In diesem Zusammenhang sei ein trübseliges Wort von Dr. Sigi Feigel, der sich zeit seines Lebens mutig mit Minderheitenfragen befasst hat, zitiert: «Die Minderheiten sind der Fiebertmesser einer Gesellschaft. Der Umgang mit ihnen zeigt den Gesundheitszustand an.»

#### USA

Im vergangenen Jahr waren alle Blicke auf die Vereinigten Staaten gerichtet, ging doch die zweite Amtsperiode von Präsident Clinton zu Ende und war am 7. November ein neuer Präsident zu wählen. Der Ausgang dieser wichtigen Wahl war sowohl hinsichtlich der Person des Siegers wie auch der Partei, die er repräsentieren würde, nicht klar. In den Primärwahlen schwang bei den Demokraten der bisherige Vizepräsident Al Gore obenauf, bei

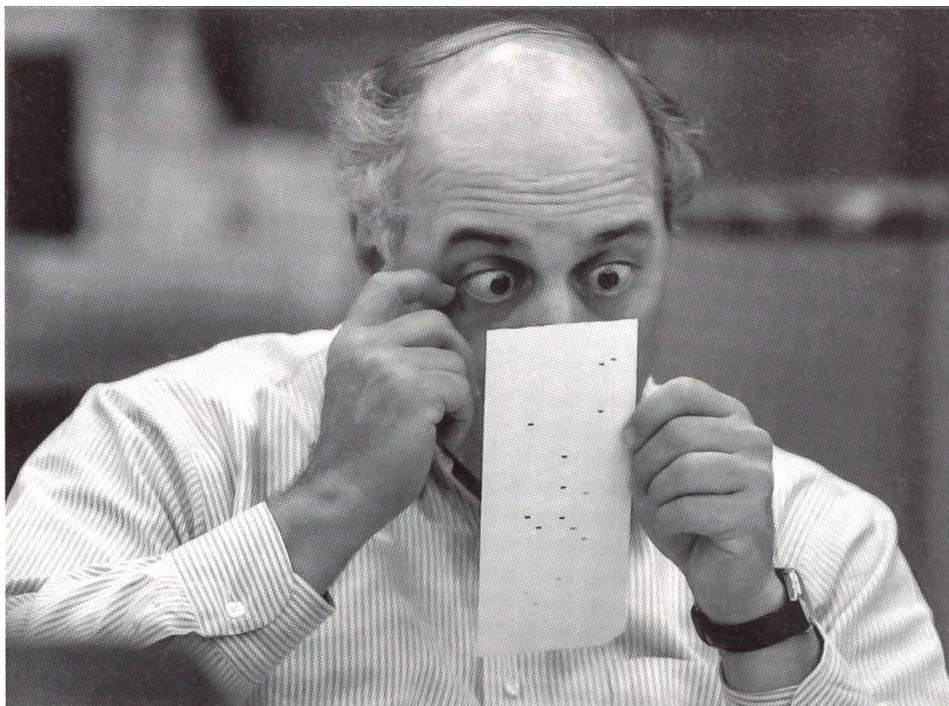


Der neue Präsident der USA, George W. Bush, zusammen mit seiner Frau Laura  
(Foto: Keystone, Zürich)

den Republikanern der Sohn des früheren Präsidenten Bush, George W. Bush. Es kam zu einem dramatischen Kopf-an-Kopf-Rennen, in welchem zwar Gore die Stimmenmehrheit errang, aber wegen des von der Verfassung vorgeschriebenen, eigenartigen indirekten Systems von je pro Staat einheitlich stimmenden Wahlmännern dennoch nicht Sieger blieb. Der Stimmenvorsprung Bushs betrug bei dem durch das höchste Gericht angeordneten Abbruch der irritierenden «arithmetischen Übung» in Florida nota bene lediglich etwa 500 Stimmen!

Der Einzug von George W. Bush mit dem neuen Vizepräsidenten Dick Cheney bedeutet eine markante Veränderung des politischen Klimas in Washington. Während Clinton als demokratischer Präsident mit einer republikanischen Mehrheit im Parlament regieren musste, steht Bush nunmehr einem Kongress und Repräsentantenhaus gegenüber, in welchen sich die beiden politischen Parteien genau die Waage halten! Um eine Mehrheit zu gewinnen





Stimmenauszählung bei der Präsidentenwahl in den USA  
(Foto: Keystone, Zürich)

nen, ist Bush jedesmal darauf angewiesen, dass alle eigenen Parteigänger bei der Stange bleiben und ein oder mehrere Vertreter der gegnerischen Partei zu seinen Gunsten stimmen. In den ersten, im Frühjahr 2001 erfolgten Abstimmungen war dies effektiv der Fall; aber dies ist kein Präjudiz für die Zukunft! Das Erbe, welches der neue Präsident von seinem Vorgänger angetreten hat, ist insofern schwierig, als die acht zurückliegenden Jahre in Amerika von einer beispiellosen Hochkonjunktur mit geringer Inflation gesegnet gewesen und dank zurückhaltenden Staatsausgaben enorme Rechnungsüberschüsse erzielt worden sind. (Das Haushaltsjahr 1999/2000 schloss mit einem Rekordüberschuss von 237 Milliarden Dollar ab!) Die neue Administration hat nun zu entscheiden, was mit den überquellenden Geldern in der Staatskasse gemacht werden soll. Die Begehrlichkeiten steigen, und massive Steuersenkungen oder eine forcierte Tilgung von Staatsschulden sind die dornenvolle volkswirtschaftliche Alternative. Ausserdem zeigen sich neuerdings deutliche Anzei-

chen, dass die amerikanische Wirtschaft ihren bisherigen grossen Elan eingebüsst hat. Man spricht von der Möglichkeit einer Rezession.

Aussenpolitisch hat Clinton eher wenig erfolgreich operiert. Mit regionalen Interventionen und mit missliebige Potentaten einschüchternden und strafenden Sanktionen hat er versucht, der Welt das Konzept einer zwingenden «Pax Americana» aufzudrängen. Die gemeinsame Front gegenüber dem irakischen Diktator Saddam Hussein unter der Ägide der USA ist zusammen-

gebrochen, indem nur noch Grossbritannien ein verlässlicher Allianzpartner geblieben ist. Insbesondere Frankreich und Russland haben gegen die Sanktionspolitik Kehrtwendung gemacht. Humanitäre Überlegungen rufen nach Lockerung des Boykotts.

Mit dem Amtsantritt von Bush wird das seit den Sechzigerjahren aufrechterhaltene Verteidigungskonzept, das auf einem allenfalls notwendigen nuklearen Schlagabtausch bei einem Angriff der Sowjetunion beruhte, aufgegeben. Es entspricht nicht mehr den heutigen Bedrohungs- und Strategieszenarien. Nicht dass der Einbezug von Atomwaffen in militärischen Ernstfällen ausser Betracht gezogen würde; vielmehr hat ein 1998 von Nordkorea überraschend lanciertes Experiment mit Raketen als glaubwürdiges Trägersystem für nukleare Waffen vormalige spekulative Gedankenspiele der amerikanischen Strategen von der Gewissheit abgelöst, dass realistischerweise mit einer ganz anderen Bedrohung gerechnet werden muss: Es könnte nämlich jederzeit ein kleiner Staat, ja sogar eine Bande von Terroristen



einen überraschenden Atomschlag planen, wogegen ein gesichertes Potenzial zum Schlagabtausch kein geeignetes Mittel der Abschreckung und effizienter Gegenwehr mehr darstellt. Gegen eine solche neuartige Möglichkeit kann in der Tat nur ein System der rechtzeitigen Unschädlichmachung angreifender Raketen Schutz gewähren. Während Clinton ein zweckentsprechendes, konkretes Handeln auf der militärischen Ebene hinauszögerte, gab Bush nach Amtsantritt das Startsignal zu Massnahmen, mit welchen seitens der USA der inzwischen veränderten strategischen Lage begegnet werden soll. Auf die Gefahr hin, dass alle bestehenden internationalen Verträge zur Einschränkung der Verbreitung von Atomwaffen dadurch hinfällig werden und neuerdings ein atomares Wettrüsten in der Welt in Gang gesetzt werden könnte, hat Bush Anfang Mai ein umwälzendes Projekt vorgestellt, gemäss welchem von irgendwo zu einem Angriff in Marsch gesetzte Raketen bereits auf ihrem Flug getroffen und vernichtet würden. Obschon diese neue Strategie von rein defensiver Natur ist, hat sie im Lande selbst, bei den Allianzpartnern und anderswo in der Welt Skepsis und Widerstand ausgelöst. Die Administration Bush sucht diesen mit offenen Darlegungen und diplomatischen Mitteln zu brechen.

Das Raketenabwehr-Projekt belastet namentlich die Beziehungen zu China. Nachdem Taiwan mit amerikanischen Rüstungsgütern reichlich beliefert worden ist und ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug vor der Südküste Chinas mit einem chinesischen Abfangjäger kollidierte und zur Notlandung gezwungen war, herrscht jetzt zwischen Peking und Washington wieder ein frostiges Klima. Mit Sorge mussten die Amerikaner zur Kenntnis nehmen, dass die Volksrepublik in den nächsten 12 Monaten ihre Militärausgaben um nahezu 18% erhöhen wird und die Flotte auszubauen gedenkt. Es ist offensichtlich, dass die gegenseitigen Besuche Clintons und Präsident Jiang Zemens einen übertriebenen Optimismus über die mögliche Entwicklung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen ausgelöst haben. Während Clinton von einer

«strategischen Partnerschaft» sprach, bezeichnet Bush China nun als «strategischen Konkurrenten». Denkbar ist, dass angesichts der in den letzten Jahren erfolgten Schwächung der wirtschaftlichen und finanziellen Position Japans die amerikanische Regierung diesem anderen Mitspieler im Parallelogramm der Kräfte in Ostasien wieder vermehrt Gewicht verleihen wird.

In schwierigerem Fahrwasser navigieren die USA dank der Absage Bushs an das Protokoll von Kyoto betreffend den Schutz der Atmosphäre (CO<sub>2</sub>) und der globalen Klimastabilisierung. Bush möchte auf absehbare Zeit der amerikanischen Wirtschaft die mit effizienten Umweltschutz-Massnahmen verbundenen Nachteile und enormen Kosten nicht zumuten. Dadurch manövriert er sich in einen scharfen Interessengegensatz zu anderen Ländern, die die Kyoto-Protokolle ratifiziert haben. Die EU hat bereits prompt mit einer Mission in Washington protestiert und auf die Tatsache hingewiesen, dass ein Viertel der globalen Belastung mit CO<sub>2</sub> aus Amerika stammt. Ein anderes, plötzlich dringlich gewordenes Problem sind Mangelerscheinungen in der amerikanischen Energiewirtschaft, die sich nicht nur in der bisweiligen Unterversorgung und in sensationellen Preissteigerungen bei Öl, Benzin und Erdgas, sondern neuerdings auch beim Verbrauch elektrischer Energie alarmierend bemerkbar machen. In Kalifornien sind im Berichtsjahr mehrmals die Lichter ausgegangen, und Maschinen und Apparate sind wegen Stromausfalls stehen geblieben! Unter der Leitung von Vizepräsident Cheney ist von einer Kommission neulich ein Energierapport erstellt worden, der als erstes griffbares Programm zur längerfristigen Konterung dieser Misere gelten darf: Es geht darum, die Erzeugung von Energie aus allen denkbaren Quellen zu fördern, unter anderem mit Hilfe von neuen Kernkraftwerken. Überdies scheint jetzt in den USA die Stunde des entschlossenen Kampfes gegen die grassierende Energieverschwendung geschlagen zu haben!

Nachdem der Kollaps der Sowjetunion nun schon ein Jahrzehnt zurückliegt, ist ein Blick



auf die Entwicklung des zum Rumpfgebilde der vormaligen zweiten Weltmacht gewordenen

### *Russland*

angezeigt. Dem Fiasko der utopischen Ideologie des kommunistischen Regimes folgte eine Ära der Ernüchterung. Inzwischen sind alle Anzeichen vorhanden, dass der Tiefpunkt der bitteren Konsequenzen aus dem abrupten Systemwandel in Wirtschaft und Gesellschaft durchschritten ist und neue Ordnungsstrukturen langsam Platz greifen. Das Sozialprodukt ist jetzt deutlich wieder im Steigen begriffen, und die Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen, immer noch auf einem nach wie vor sehr niedrigen Niveau, scheint sich stetig zu bessern. Ob aus der Russischen Föderation neuer Prägung ein wohl organisierter und in seinem Funktionieren verlässlicher, demokratischer Rechtsstaat mit nach westlichem Muster garantierten persönlichen Freiheitsrechten und einer liberalen Marktwirtschaft entstehen wird, ist trotz den Reformansätzen noch unsicher. Das Bewusstsein, eine international anerkannte Grossmacht gewesen zu sein, ist in der Bevölkerung in nostalgischer Form immer noch vorhanden. Bezeichnend ist, dass trotz schrecklichen Erfahrungen mit der jahrzehntelangen kommunistischen Gewaltherrschaft

auch heute noch immer ein Drittel der Wählerschaft in Parlamentswahlen der KP ihre Stimme gibt!

Vor Jahresfrist hat Boris Jelzin, krank, verbraucht und resigniert, als Präsident seinen Rücktritt genommen, nachdem er mit plötzlichem Entschluss den vormals völlig unbekannten Geheimdienstoffizier Wladimir Putin zu seinem Nachfolger bestimmt hat. Sicher ist, dass der neue Mann nicht nur von institutionellen Reformen spricht, sondern diese auch in Szene zu setzen entschlossen ist. Im Vordergrund sieht er einerseits die Wiederherstellung eines dominanten Machtzentrums in Moskau, nachdem unter Jelzin allzu viele Kompetenzen und Funktionen in die Regionen abgewandert waren; andererseits geht es Putin um die Ausmerzung des verheerenden Einflusses kreuz und quer wuchernder Mafia-Organisationen und Freibeuter sowie um die Befreiung der Staatsmacht vom schamlosen Beutezug rücksichtsloser Finanz- und Wirtschafts-oligarchien. In der Aussenpolitik hat Putin die nationalen Interessen Russlands unter Vermeidung von Grossmannsallüren recht geschickt wahrgenommen. Eine Ausnahme bildete der Verzug in der Begleichung von im Jahr 2001 fälligen Schulden gegenüber westlichen Gläubigerstaaten. Die schlechte Zahlungsmoral ist umso unverständlicher, als die hohen Weltmarktpreise für Erdöl und Erdgas Russland im vergangenen Jahr in der Aussenhandelsbilanz



Parade mit dem russischen Atom-U-Boot Kursk, das sechs Wochen später in der Barentsee sank.  
(Foto: Keystone, Zürich)



einen Überschuss von 70 Mrd. Dollar beschert haben und die Goldreserven von 12 Mrd. auf gegen 30 Mrd. Dollar angestiegen sind! Nicht gelungen ist Putin, den Krieg in und um Tschetschenien zu beenden, wie er das bei seinem Amtsantritt in Aussicht gestellt hatte. Immerhin ist eine Ausdehnung der Rebellion auf andere islamische Gebiete, die der Russischen Föderation angehören, unterblieben.

Eine eher klägliche Figur machte Putin im Zusammenhang mit dem Untergang des Atomunterseebootes «Kursk» bei Murmansk; er lehnte zunächst ein Hilfsangebot von Norwegen ab, obwohl die russische Flotte nicht in der Lage war, einen Rettungsversuch für die im Schiffskörper eingeschlossene Besatzung zu unternehmen. Diese Tragödie ist – übrigens ganz ähnlich der nuklearen Katastrophe von Tschernobyl – symptomatisch für die Ineffizienz, Liederlichkeit und Überheblichkeit, die das kommunistische Regime von Anfang an gekennzeichnet hatte und die auch nach der politischen Wende noch vorherrscht. Neben der landläufig grassierenden Korruption bildet dieser Hang zur Gleichgültigkeit eines der entscheidenden Hemmnisse für die Verbesserung der Lebensverhältnisse in einem der an natürlichem Reichtum am meisten begünstigten Länder der Welt. Ob das staatsmännische Format von Putin und die Einsicht, die Tatkraft und das Durchsetzungsvermögen der von ihm bestellten Führungskader ausreicht, eine solche Sinnesänderung herbeizuführen, ist und bleibt die Schicksalsfrage von Russland und der vielen an Russland angrenzenden Länder und Regionen. Die

### *Europäische Union*

steht vor Entwicklungs- und Wachstumsproblemen. Das hat sich im Dezember am Gipfeltreffen von Nizza hinsichtlich der künftigen Regelung des Stimmrechts im Ministerrat gezeigt. Zwischen den vier grossen und den kleineren Mitgliedstaaten ist keine Einigung erzielt worden, und die Beibehaltung des Vetorechts blieb strittig. Zwar gehen die Bemühungen um eine Einbindung der mittel-

und osteuropäischen Beitrittskandidaten planmässig voran; aber das Konzept einer künftigen mehr föderalistischen Struktur der expandierenden EU ist noch alles andere als klar. Und zu allem Überfluss sind die bisherigen Vorreiter der Integration, Deutschland und Frankreich, in einen Meinungsstreit geraten, hinter welchem sich Prestigeüberlegungen und Hegemonieabsichten erraten lassen, die den institutionellen Um- und Ausbau der EU nachhaltig bremsen könnten. Schwierigkeiten haben sich auch beim Dossier der Harmonisierung der Steuerordnungen gezeigt. Nach den Beschlüssen von Feira wäre eine Beseitigung des Bankgeheimnisses bevorstehend. In

### *Deutschland*

hat im Sommer in Hannover eine von 156 Ländern beschickte Weltausstellung (Expo 2000) stattgefunden. Diese hat aber nur eine enttäuschende Zahl von Besuchern anzulocken vermocht und mit einem massiven Defizit geendet. Im Dezember hat sich die Regierung Schröder mit der Elektrizitätswirtschaft auf den langfristigen Ausstieg aus der Atomkraft geeinigt. Die Kernkraftwerke sollen auf eine Laufzeit von 32 Jahren festgelegt werden. Ende März fanden in den Bundesländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz Landtagswahlen statt, die sowohl der CDU wie der SPD Zugewinne erbrachten. Die kleinen Parteien, so auch FDP und die Grünen, erlitten signifikante Wählerverluste.

Das Pendant dazu boten im März die Gemeindewahlen in

### *Frankreich,*

wo die extreme Rechte eine deutliche Abfuhr erlebte. Paris hat einen Stadtpräsidenten der Linken erhalten. Am 25. Juli stürzte auf dem Flughafen Charles de Gaulle bei Paris eine Concorde der Air France kurz nach dem Start ab, wobei alle 109 Insassen den Tod fanden. Ein auf der Startbahn liegendes Metallstück wurde gegen einen Benzintank geschleudert und verursachte einen rasanten Brand, der die

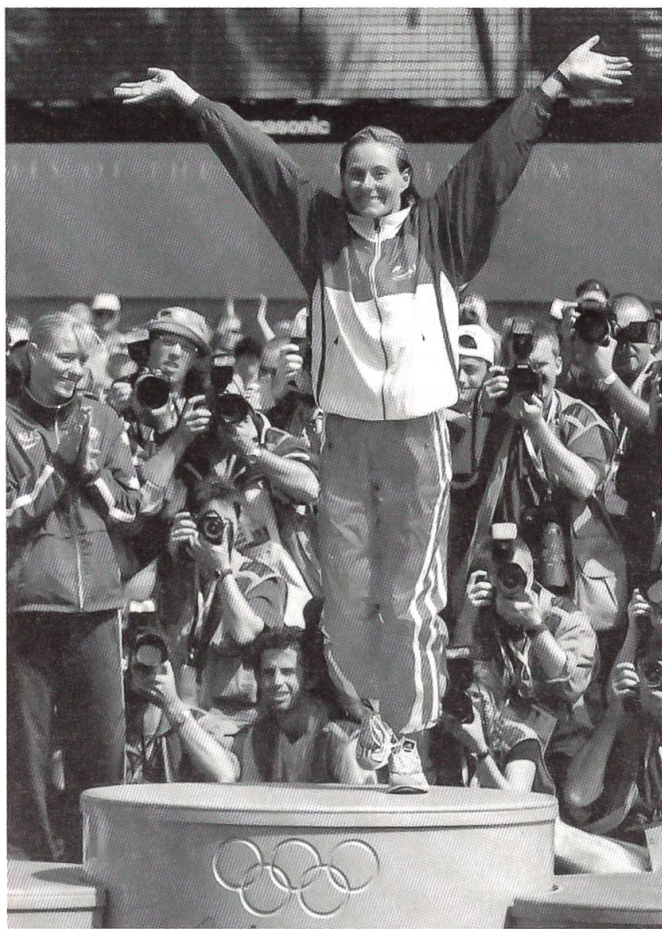


Maschine alsbald manövrierunfähig machte. Alle Concorde-Flugzeuge der Air France wurden sofort aus dem Verkehr gezogen; später taten die British Airlines dasselbe. Die Annalen verzeichnen auch einen stets noch ausufernden Skandal, in welchem der ehemalige Aussenminister der Regierung Mitterrand und angesehene Präsident des Verfassungsrats Roland Dumas der Korruption und betrügerischen Handlungen überführt und zu einer Gefängnis- und hohen Geldstrafe verurteilt worden ist. Ein düsteres Netzwerk mit sieben Betrügern, die sich an den Kassen des früher staatlichen Ölkonzerns «Elf» gütlich taten, trat zu Tage. Es gibt Zusammenhänge mit illegalem Waffenhandel in Angola und mit Taiwan. Möglich ist, dass auch Mitterrand selber noch

in dieser Staatsaffäre als Mitwisser oder Mitäter blossgestellt wird. Es geht ohnehin das Gerücht um, dass die von Bundeskanzler Kohl verheimlichte Herkunft der Zahlungen an die CDU-Parteifinancen in Frankreich zu suchen sei. In

### *Italien*

fanden am 13. Mai wieder einmal Parlamentswahlen statt, dank welcher in Rom zum 59. Mal seit dem Zweiten Weltkrieg eine neue Regierung ihren Einzug hielt. Diese Wahl hat insofern Seltenheitswert, als diesmal die italienischen Wähler an den Urnen für parteipolitisch klare Verhältnisse sorgten. Die Mitte-rechts-Koalition unter dem Namen «Casa delle Libertà», die der milliardenschwere Medienunternehmer und ambitionöse Politiker Silvio Berlusconi geschmiedet hat, errang mit ihren Partnern Lega Nord und Nationale Allianz einen sensationellen Sieg mit der Mehrheit in beiden Kammern des Parlaments. Die beiden Koalitionspartner haben dabei gegenüber 1996 empfindliche Stimmenverluste erlitten, während Berlusconis Hauspartei «Forza Italia» kräftig zulegte und nun 30% der Wählerschaft repräsentiert. Die gegnerische Koalition des Römer Bürgermeisters Rutelli, unter dem Logo «Olivenbaum» vorher fünf Jahre lang an der Macht, verlor eine grosse Zahl von Sitzen; und viele kleinere Parteien schafften die Hürde ins Parlament nicht mehr. Der Rutsch nach rechts und zu Berlusconi als Regierungschef dürfte somit ausnahmsweise einmal eine dauerhafte Erscheinung auf der sonst so volatilen parteipolitischen Szene von Italien sein. Berlusconis Losungswort in der Kampagne hiess «Veränderung». Aussenpolitisch setzte der neue Regierungschef gleichzeitig auf die EU und enge Beziehungen zu den USA. Innenpolitisch liegen seine Schwerpunkte bei der Gestaltung des Schul- und Bildungswesens, bei der Reform des ineffizienten Steuerwesens (mit Abschaffung der Erbschaftssteuer) und auf einer Rationalisierung des komplizierten bürokratischen Apparats, insbesondere in Bezug auf die öffentlichen



Brigitte McMahon gewinnt in Sydney Olympia-Gold im Triathlon.  
(Foto: Keystone, Zürich)



Bauten. Die Schwachstelle der in Aussicht gestellten «Veränderungen» ist nicht Berlusconi's Anfälligkeit für die Versuchungen des Populismus, sondern das Dilemma der Interessengegensätze, in das der schillernde Matador des Geschäftslebens unvermeidlich verstrickt sein wird.

Ein bedeutsamer Machtwechsel ist endlich auch aus

### *Jugoslawien*

zu melden. In den am 24. September abgehaltenen Präsidentschaftswahlen obsiegte der Kandidat der Opposition, Vojislav Kostunica, gegen den bisherigen, mit diktatorischen Allüren regierenden Slobodan Milosevic, der sich, obschon er sein Land ins Unglück gestürzt hat und wegen persönlicher Verantwortung für Kriegsverbrechen international in den Anklagezustand versetzt worden ist, jahrelang im Sattel halten konnte. Milosevic liess das Wahlergebnis fälschen und eine zweite Wahlrunde ansetzen. Hierauf kam es zu vehementen Massendemonstrationen. Am 5. Oktober wurde das Parlamentsgebäude in Belgrad von der Menge besetzt und Milosevic kurzerhand gestürzt! Kostunica wurde als neuer Präsident vereidigt. Hierauf hob die EU prompt die einschneidenden Sanktionen gegen Jugoslawien auf. Am 23. Dezember fand die Wiederholung der Parlamentswahlen statt, in denen die Opposition 176 von 250 Sitzen errang, während die Sozialisten von Milosevic sich mit bloss noch 37 Sitzen begnügen mussten. Im April schliesslich wurde Milosevic verhaftet und wegen Korruption in Jugoslawien vor Gericht gebracht. Die Normalisierung der Verhältnisse in dem völlig verarmten Land hat



Michael von Grünigen gewinnt bei der Skiweltmeisterschaft in St. Anton die Golmedaille im Riesenslalom.  
(Foto: Keystone, Zürich)

mit Reformen einen harzigen Anfang genommen. Die drohende Sezession von Montenegro vom Rumpfstaat Jugoslawien ist nach dem Machtwechsel in Belgrad vorderhand in der Schwebe geblieben.

### *Schweiz*

Seit Jahrzehnten zeichnet sich die Schweiz durch eine dauerhafte Koalition in ihrer kollegialen Regierung aus. Auf Grund der «Zauberformel» setzt sich der Bundesrat aus fünf Vertretern der drei grossen bürgerlichen Parteien FDP, CVP und SVP sowie zwei Vertretern der Sozialdemokraten zusammen. An diesem anteilmässigen Besitzstand ist nie ernsthaft gerüttelt worden. Diese «Zauberformel» bedingt die Bereitschaft zu gegenseitigen Zugeständnissen und Kompromissen, welche natürlich nicht jedermann zufrieden stellen können; aber sie haben einer beneidenswerten politischen Stabilität gedient, auch wenn bisweilen eine der Regierungsparteien wieder in die Rolle der Opposition schlüpft und aus der so genannten «Konkordanzdemokratie» aus-



schert. In diesem fast idyllischen Zustand von Respekt und kollegialer Zusammenarbeit ist neuerdings ein Riss zu signalisieren, der kein gutes Omen darstellt: Nach den letzten Nationalratswahlen, in denen die SVP beträchtliche Stimmen- und Sitzgewinne zu buchen vermochte, attackierte der militante Zürcher Flügel dieser Partei die weitere Regierungsbeteiligung der SPS (und damit die Beibehaltung der bisherigen Zauberformel) in der Absicht, eine konservativ-bürgerliche Regierung unter Ausschluss der Sozialdemokraten herbeizuführen; allerdings ohne Erfolg. Aber der Rücktritt von Bundespräsident Adolf Ogi, des Vertreters der SVP im Bundesrat während der letzten 13 Jahre, wurde nun von den Sozialdemokraten ihrerseits zu einem Gegenschlag benutzt, indem sie versuchten, mit FDP und CVP zusammen eine Mitte-links-Koalition zu bilden und die SVP aus dem Bundesrat zu verbannen. Auch dieser Angriff auf die Zauberformel blieb erfolglos: Bei der Ersatzwahl für Ogi wurde wiederum ein Vertreter der SVP gewählt, allerdings nicht einer der beiden von der SVP vorgeschlagenen offiziellen Kandidaten, sondern ein von deren Berner Flügel portierter Kandidat, Ständerat Samuel Schmid. Schmid übernahm an Stelle von Ogi im Bundesrat das Militärdepartement (VBS).

Zum Bundespräsidenten für das Jahr 2001 wurde in der Dezembersession der Räte Moritz Leuenberger (SPS), zum Nationalratspräsidenten Peter Hess (CVP, Zug), zur Präsidentin des Ständerats Françoise Saudan (FDP, Genf) erkoren. Im Verlauf des Jahres sind die Generalsekretäre der SPS, von CVP und FDP nach Rücktritten ausgewechselt worden. Aufsehen erregte das plötzliche Ausscheiden der bisherigen Parteipräsidentin der SPS, Ursula Koch, die durch die vormalige Gewerkschaftsführerin Christiane Brunner ersetzt worden ist.

Wiederum ist im vergangenen Jahr der Souverän mehrmals an die Urnen gerufen worden. Es sei daran erinnert, dass in einer bedeutungsvollen Volksabstimmung vom 21. Mai 2000 die sieben bilateralen Abkommen mit der Europäischen Union mit 67% Ja-Stimmen und bloss zwei ablehnenden Standesstimmen

(Schwyz und Tessin) angenommen worden waren. Verhandlungen über diese Verträge ergänzende bilaterale Abkommen sind in Brüssel im Gang. Die Ratifizierungen der wegen des Fernbleibens der Schweiz von der EU notwendig gewordenen Vereinbarungen über die gegenseitigen Beziehungen ziehen sich allerdings noch etwas dahin. Die Mehrheit der Bevölkerung steht gemäss Meinungserhebungen einem EU-Beitritt immer noch skeptisch gegenüber. Immerhin hat sich der schroffe Gegensatz der diesbezüglichen Haltung zwischen der alemannischen und romanschen Schweiz mittlerweile etwas verringert.

Am 24. September lehnten 64% der Stimmentenden zwar eine vom rechten Segment der Parteien lancierte Volksinitiative ab, gemäss welcher der Anteil von Ausländern an der Bevölkerung auf 18% begrenzt werden sollte. Deren Annahme hätte bedeutet, dass der heute bei ca. 20% stehende Anteil der Ausländer merklich hätte herabgesetzt werden müssen und dass das neue bilaterale Abkommen mit der EU in Bezug auf den freien Zugang zum Arbeitsmarkt durchkreuzt worden wäre! Ein weiterer Volksentscheid am 26. November betraf ein Referendum der Gewerkschaften und der Grünen gegen die im Jahre 1995 vom Bundesrat beschlossene Erhöhung des Rentenalters für Frauen von 62 auf 64 Jahre in der Alters- und Hinterbliebenenversicherung. Der Ausgang des Urnengangs war negativ. Hier trat wiederum ein deutlicher Meinungsgraben zwischen den Sprachregionen in Erscheinung; im welschen Landesteil wurde das Referendum angenommen, im deutschsprachigen Teil aber verworfen. Schliesslich sind am Abstimmungstermin vom 4. März drei Initiativen vom Souverän wuchtig bachab geschickt worden, von denen eine von grosser Bedeutung gewesen ist. Diese betraf das heikle Thema eines beschleunigten Entscheids über einen Beitritt zur EU. Die Initianten wollten zwar den Beitritt nicht erzwingen, sondern die Debatte zu dieser Frage vorantreiben. Aber der Titel des Volksbegehrens «Ja zu Europa» war verwirrend und führte zu einer breiten Front der Ablehnung. Selbst der Bundesrat



samt den eigentlich einen Beitritt befürwortenden Kreisen machten ironischerweise mit den radikalen Beitrittsgegnern der SVP gemeinsame Sache! Unter diesen Umständen konnten weder die hohe Stimmbeteiligung von über 58% noch das Ergebnis von landesweit 76,6% Nein-Stimmen überraschen. Indessen ist das strategische Ziel eines späteren Beitritts zur EU nicht von dieser plebiszitären Einheitsfront begraben worden, wie das von der Blocher'schen Gegnerschaft vorschnell triumphierend behauptet worden ist. Vielmehr wird die Beitrittsfrage lediglich grossmehrheitlich als nicht entscheidungsreif betrachtet. Bemerkenswert ist, dass diesmal kein einziger Kanton zugestimmt hat. Beim gleichen Urnengang wurde auch noch eine Volksinitiative deutlich verworfen, welche vom Detailhandels-Konzern Denner im Alleingang gestartet worden war, um die als ungerechtfertigt teuer betrachteten Arzneimittelpreise in der Schweiz zu senken. Auch hier war die Phalanx der Kantone mit ablehnenden Mehrheiten quer durchs Land ungebrochen. Beim dritten am 4. März entschiedenen Thema ging es um die Forderung einer Herabsetzung der generellen Geschwindigkeitslimite von heute 50 auf inskünftig 30 km/h. Mit 79,7% Nein-Stimmen war diese Abfuhr sogar noch massiver.

Im Zentrum der politischen Diskussionen standen während des ganzen Jahres die Zukunft der Schweizer Armee und ihre Rolle unter den veränderten weltpolitischen Bedingungen. Der Bundesrat präsentierte am 1. Juni Leitlinien für eine radikale Armeereform. Diese soll ganz ausserordentliche Umwälzungen in Aufbau und Organisation des Wehrwe-



Der neu gewählte Bundesrat Samuel Schmid zusammen mit seiner Frau Vreni  
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

sens bringen, samt einer weiteren Reduktion der Bestände. Allerdings scheint der finanzielle Aufwand für die Landesverteidigung dadurch nicht etwa geringer zu werden, sondern im Gegenteil wegen der immer aufwendigeren Rüstungskosten noch zu steigen. Der Aufwand für die Armee war von jeher der Linken, und mithin der SPS, ein Dorn im Auge; dies, obwohl die Militärausgaben im Verhältnis zu anderen Bundesaussgaben seit längerer Zeit proportional sinken. Am 26. November kam nun eine Initiative der SPS zur Entscheidung, welche eine Halbierung des Militärbudgets zum Ziel hatte. Bei einer Stimmbeteiligung von 41,7% lehnten fast 1,2 Mio. Stimmbürger dieses Volksbegehren ab. Zu vehementen Auseinandersetzungen gab die Frage Anlass, inwiefern militärische Übungen in Zusammenwirken mit dem Ausland – praktisch mit Staaten und Instanzen der NATO – abgehalten werden sollen bzw. dürfen. Ein besonders delikater Punkt war, ob Angehörige der Schweizer Armee, die zu friedenswahrenden Aufgaben im Ausland eingesetzt werden, dort auch zu ihrem Selbstschutz bewaffnet auftreten sollen. Eine diesbezügliche Volksab-





Der Berner Lorenz Meyer wird zum neuen Bundesrichter gewählt.  
Die Delegation der Burger (von links: Kurt Hauri,  
Andreas Kohli, Franz von Graffenried) gratuliert.  
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

stimmung war auf den 10. Juni 2001 angesetzt. Noch selten ist vor einem Urnengang ein so grosser propagandistischer Aufwand getrieben worden. Insbesondere die gegnerischen Komitees haben unzählige tatsachenwidrige Behauptungen und schamlose Polemik in Umlauf gesetzt. Sie ergingen sich auch in beispiellosen Beschimpfungen von Bundesrat und Armeeführung. Ein sonderbares Phänomen war dabei im gegnerischen Lager zu beobachten, wie linke Pazifisten sich mit fanatischen Isolationisten der Rechten (insbesondere der SVP) die Hand zu einer «unheiligen Allianz» reichten!

In wirtschaftlicher Beziehung blickt die Schweiz auf ein recht gutes Jahr zurück. Eine weitere Flaute in der Konjunktur ist nicht eingetreten. Im Gegenteil, es scheint, dass die Erholung der Wirtschaft an Elan noch gewinnt. Alle einschlägigen Indikatoren weisen nach oben; namentlich das Wirtschaftswachstum und der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Mai 2001 auf nur noch 1,7% geben Anlass zu Zuversicht, während die Inflation in engen Grenzen geblieben ist. Dass die Börsenkurse weniger Exzesse zeigen und vielfach auf

schlechten Managements sehr ungut von sich reden gemacht. Dass gewisse, auch in der Schweiz, unklug in die Wege geleitete Fusionen und Expansionsstrategien zu langen Gesichtern und kalten Füßen geführt haben, ist im Verein mit den Erfahrungen anderswo nach so vielen Jahren der kommerziellen Unbekümmertheit und Überheblichkeit kaum verwunderlich. Es drängt sich – auch in moralischer Beziehung – lediglich wieder einmal die Trennung der Spreu vom Weizen auf! Dass bei diesem schmerzlichen Schrumpfungsprozess immer auch viele unbesonnene kleine Leute ihr Geld verlieren, ist leider nicht zu verhindern.

In der Chronik der politischen Ereignisse im

#### *Kanton Bern*

ist an erster Stelle eine kantonale Volksabstimmung zu erwähnen, deren Bedeutung weit über den Kanton hinausreicht. Im September war zu einer Volksinitiative Stellung zu beziehen, welche die Abschaltung des Kernkraftwerks Mühleberg auf Ende 2002 hätte besie-

ein realistischeres Niveau zurückgefallen sind, vermindert das Risiko eines noch vor kurzer Zeit als möglich betrachteten verheerenden «Crash». Die Kursverluste namhafter Aktien stellen eine natürliche Korrektur bei Gesellschaften dar, die in der Vergangenheit den Bogen überspannt oder folgenschwere Fehlentscheidungen getroffen haben. Einen typischen Fall dieser Art stellt die Swissair dar, aber auch der Sulzer-Konzern; beide haben im vergangenen Jahr wegen



geln sollen. Dieses Volksbegehren unter dem Titel «Bern ohne Atomstrom» wurde deutlich abgelehnt. Das ist ein unmissverständlicher Hinweis darauf, dass die Gegnerschaft gegen die Nutzung der Kernkraft in der Schweiz am Abflauen ist. Inskünftig sollen solche Anlagen nicht mehr nur für eine eng begrenzte Frist bewilligt bleiben (z.B. 30 Jahre), sondern erst definitiv vom Netz genommen (und abgewrackt) werden, wenn sie den Sicherheitsanforderungen möglicherweise nicht mehr zu genügen vermögen. Dadurch können auch die Kosten des Atomstroms entsprechend niedriger veranschlagt werden. Der Grosse Rat beschloss mit einem Kredit von 30 Mio. den Kauf des Areals Von Roll in Bern. Mit einer Dekretsänderung beschloss er, die jahrelang mitgeschleppten Schulden bei der Bernischen Personalkasse und der Lehrer-Pensionskasse zu berappen, wofür innert 10 Jahren 1,5 Mrd. Franken erforderlich sind. Er genehmigte auch im Rahmen des neuen Finanz- und Lastenausgleichs Beiträge an die Städte Bern (32 Mio.), Biel (9 Mio.) und Thun (1,25 Mio.), welche von den so genannten reicheren Gemeinden des Kantons zu bezahlen sind. Finanzdirektor Lauri konnte überraschend für das Jahr 2000 statt dem erwarteten Defizit von 120 Mio. einen Ertragsüberschuss von 281 Mio. bekannt geben. Das Budget 2001 präsentiert aber ein Defizit von 77 Mio.; dieses wurde vom Grossen Rat widerstrebend genehmigt, verbunden mit der Forderung, dass für 2002 ein ausgeglichener Voranschlag zu erstellen sei.

Die Kantonalbank hat zum achten Mal hintereinander ihren Gewinn zu steigern vermocht. Der Grosse Rat hat einen Beschluss gefasst, wonach die Tarife für die Beurkundung von Liegenschaftskäufen und Grundpfandrechten ab Frühjahr 2001 gesenkt werden. Auch in Zukunft wird es im Kanton Bern keine Amtsnotare geben, sondern nur freiberuflich tätige Notare.

Zum neuen Präsidenten des Grossen Rats wurde mit glänzenden 164 Stimmen Barbara Egger (SP), bisherige Ombudsfrau für Altersfragen, gewählt, während als Vizepräsidenten Dieter Widmer (SVP) und Peter Rychiger

(FDP) beliebten. Neuer Regierungspräsident wurde Werner Luginbühl mit 160 Stimmen. Eine Mutation war auch wegen der Wahl von Ständerat Samuel Schmid in den Bundesrat in Bezug auf die Berner Ständesvertretung im Bundeshaus fällig. Der Finanzdirektor des Kantons Bern, Hans Lauri (SVP), vereinigte in der Volkswahl 63,5% aller Stimmen auf sich, während drei andere Kandidaten das Nachsehen hatten; immerhin erzielte alt Nationalratspräsidentin Gret Haller (SP) mit 35,9% der Stimmen einen Achtungserfolg.

Zwischen BLS und SBB ist es zu einer neuen Aufgabenteilung gekommen, die vom Regierungsrat akzeptiert wurde. Danach über-



Das Bergdorf Gondo im Wallis wird von einem schweren Schlammlawinen-Unglück heimgesucht.  
(Foto: Keystone, Zürich)



nimmt die BLS den grössten Teil der S-Bahn im Kanton und gründet eine eigene Cargo-Unternehmung. Dafür wird der Personenverkehr durch den Lötschberg und nach Interlaken der SBB zugeordnet, die auch bis zu 34% der Aktien der BLS erhält. Die Vereinbarung stellt eine Status- und Prestigeeinbusse der traditionsreichen BLS dar; aber angeblich soll damit eine sehr viel rationellere Bewirtschaftung des Streckennetzes herbeigeführt werden. Ob der bittere Kelch einer vollen Fusion der BLS mit den Bundesbahnen vermieden wurde, muss sich erst noch zeigen!

Die Diskussion um den Flughafen Bern-Belp bricht nicht ab: Die Betreiberin des Flugplatzes, die Alpar AG, betrachtet eine Verlängerung der Piste um 400 Meter als dringend notwendig und plant ein Parkhaus für 200 Einstellplätze für Autos. Aber die Opposition ist wie eh und je stark; zusätzlich zu den Lärmbefürchtungen der Anwohner tritt jetzt auch der Denkmalschutz auf den Plan, weil der alte Bider-Hangar weichen müsste, der plötzlich Nostalgie sonder Zahl weckt.

Der Kanton veröffentlichte zum Schutz der Landwirtschaft zwei wichtige Erlasse: Einmal darf kein Klärschlamm mehr auf die Felder ausgetragen werden, wenn sich in der Nähe der ARA-Anlage Schlachthöfe befinden. Damit soll das BSE-Risiko eingedämmt werden. Sodann werden im ganzen Kanton im Kampf gegen die gefährliche Bakterienkrankheit «Feuerbrand» bei Apfel-, Birn- und Quitenbäumen die hochgewachsenen Cotoneaster-Sträucher entfernt, von denen angenommen wird, dass sie Urheber des Feuerbrands sind, welcher jahrzehntealte Kulturen zu vernichten im Stande ist. Luchse haben im vergangenen Jahr für Aufregung gesorgt. Es sind Schafe gerissen worden, worauf Schafhalter protestiert haben. Einige Luchse sind hierauf offensichtlich Wilderern zum Opfer gefallen. Einige Exemplare werden jetzt im Kanton Bern eingefangen und zur Ansiedlung einer neuen Population in die Ostschweiz verbracht.

Der Tourismus im Kanton Bern erholt sich befriedigend. Seit dem Winter 2000 darf jetzt im Berner Oberland – wie im Wallis und in

Graubünden – ebenfalls künstlicher Schnee grossflächig verbreitet werden, um den Wintersport auch bei akutem Schneemangel zu ermöglichen. Dadurch hofft man angesichts drohender Klimaveränderungen die Kalamität von Weihnachts- und Winterferienwochen ohne Schnee für Skisportler zu beheben. Leider waren einige tödliche Unfälle bei den in Mode gekommenen Extremsportarten zu beklagen, so bei einer Canyoning-Expedition einer ausländischen Gruppe von Jugendlichen bzw. bei einem Bungeejumping, wo von den Organisatoren ein Seil verwechselt worden ist und ein Todessturz die Folge war.

Während mehrerer Jahre beschäftigte sich die Öffentlichkeit im Verein mit den bernischen Gerichtsinstanzen mit zwei Straffällen ganz ungewöhnlichen deliktischen Formats. In diesem Zusammenhang wurden bekanntlich der Financier Werner K. Rey und der Immobilienhändler Peter Krüger nach Millionenpleiten habhaft gemacht und hinter Schloss und Riegel gebracht. Am 14. Juni 2000 ist nun Rey nach Verbüßung der Reststrafe aus dem Berner Regionalgefängnis entlassen worden; der Zufall wollte es, dass ein Tag später auch Krüger rechtens wieder in Freiheit gesetzt wurde. In der

#### *Stadt Bern*

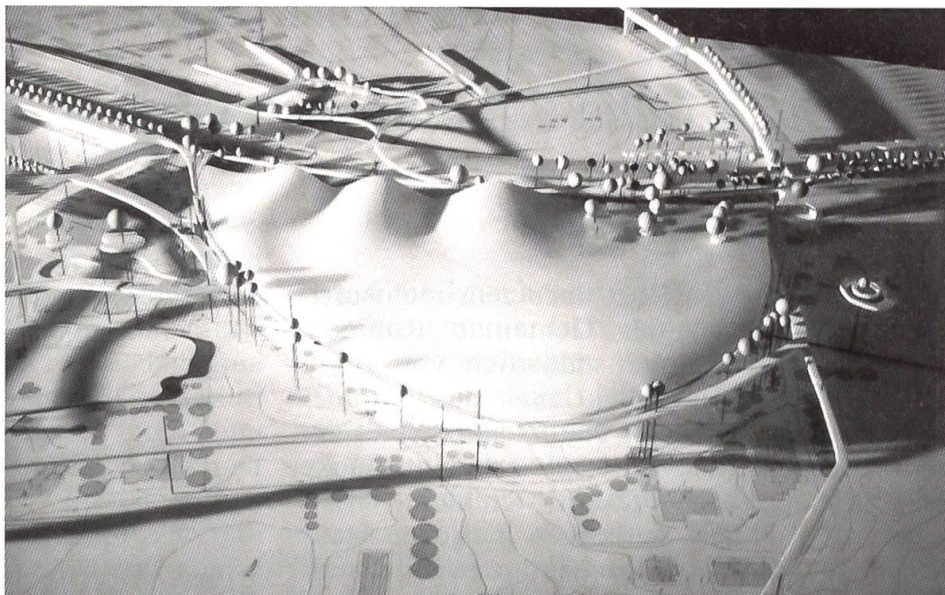
fanden im Dezember Gemeinderatswahlen statt. Diese führten zu einem parteipolitischen Revirement. Die Vertreterin der Parteien in der Mitte, Claudia Omar, wurde abgewählt. Alfred Neukomm (SP) ist nicht mehr zur Wahl angetreten. In der Stadtregierung sitzen drei Sozialdemokraten mit Dr. Klaus Baumgartner als Stadtpräsident, Alexander Tschäppät als Planungs- und Verkehrsdirektor und Edith Olibet in der Schul- und Sportdirektion, ferner ein Vertreter der FDP, Kurt Wasserfallen, als Polizeidirektor, Ursula Begert (SVP) als Fürsorge- und Gesundheitsdirektorin, Adrian Guggisberg (CVP) als Baudirektor und neuerdings Direktor der Städtischen Betriebe EWB und GWB sowie Therese Frösch (GB) in der Finanzdirektion wie bisher. Nach den Wahlen



kam der Stadtpräsident unter Beschuss, weil er gegen eine Mietzinserhöhung von 30% auf der von ihm bewohnten, der Stadt gehörenden Villa Beschwerde erhob, obwohl er pikantes Mitglied jenes Gremiums gewesen war, das eine generelle Mietzinserhöhung beschlossen (und damit Leute in bescheidenen Verhältnissen vor den Kopf gestossen) hatte. Es wurde ihm auch ein übermässiger Gebrauch des Mercedes-Dienstwagens vorgeworfen.

Unmut erregte auch der Beschluss der rot-grünen Regierung, den Casino-Platz rot zu gestalten; dies nachdem seit Ende Oktober nun bereits die ersten in himbeerroter Farbe bemalten Tramwagen in der Stadt zirkulieren. Kein Verständnis zeigte die Bevölkerung auch für einen Beschluss des Gemeinderats, wonach das Berner Wappen mit dem Bär auf den Drucksachen der Stadtverwaltung (und auf den Tramwagen der Verkehrsbetriebe) durch ein simples Buchstabensymbol abgelöst wird. Dagegen läuft eine Volksinitiative mit anscheinend regem Zuspruch. Eine weitere Initiative ist im Februar gegen zu hohe Löhne der Gemeinderäte eingereicht worden.

Die Jahresrechnung der Stadt Bern für das Jahr 2000 schloss ohne Defizit ab; dies jedoch offensichtlich nur, weil die Gymnasien der Stadt für über 44 Mio. Franken an den Kanton verkauft werden konnten. Aufsehen erregend war der Verkauf des Produktionsteils des Zentrallaboratoriums des Roten Kreuzes für 1 Mrd. Franken an einen australischen Pharma-Konzern. Es scheint allerdings, dass als Folge dieser Transaktion des Roten Kreuzes sowohl die Erlöse der privaten Spenden wie auch die Subventionen der öffentlichen Hand an diese karitative Institution negativ beeinflusst werden!



Modell von Renzo Piano für das Paul Klee-Zentrum in Bern  
(Foto: Keystone, Zürich)

Die «International School of Berne» darf wieder einer gesicherten Zukunft entgegensehen; mehrere Kantone und verschiedene Gemeinden der Region Bern haben nämlich diesem Institut 1 Mio. Franken zufließen lassen. Nach der bekannten Buchhandlung Jäggi ist nun auch die grosse Buchhandlung Stauffacher an eine deutsche Gruppe übergegangen; diese wird nun zum Marktführer in dieser Branche in der Schweiz.

Aus dem sportlichen Bereich ist zu berichten, dass die Berner «Young Boys» ihren Wiederaufstieg in die Nationallage A (höchste Stärkeklasse im Fussball) zu schaffen vermochten; ausserdem kann nun definitiv mit dem Neubau des Stadions Wankdorf begonnen werden, der Investitionen von 300 Mio. erfordert.

*Hans Rudolf Böckli*